



MARBURGER ZEITUNG

Schriftleitung, Verwaltung, Buchdruckerei, Maribor.
 Suréceva ulica 4. Telefon 26.
Bezugspreise:
 Abholen monatlich . . . A. 18.—
 Durch Post 20.—
 Durch Post 30.—
 Abholen viertel A. 54.—
 Durch Post 60.—
 Einzelnummer A. 1.—
 Anzeigenannahme: In Maribor bei Annoncenexpedition „Deba“, „Jebra“, „Triglav“, in Graz: Annoncenexpedition „Kreuz“ und „Kaiser“. In Wien: Bei allen Anzeigenannahmestellen.
 Vertriebsstellen: Ljubljana, Bled, Celje, Ptuj, Slon. G. Prace, Rogaska Slatina, Slovograd, Sp. Drauzgrad, Soljane, Comora, Duzomer, Warendorf, Zagreb, Sr. in, Sarajewo. In Deutschland: Leipzig, Wien, Graz.

Halbe Arbeit ist keine Arbeit.

In Beograd wurden viererlei Falsifikate von Zwanzig-Dinarnoten konstatiert. Die Folgen dieser Feststellung sind, wie uns das M.B. vor einigen Tagen zu melden mußte, vollständig folgende:

1. Der Beschluß der Nationalbank, diese Art Noten überhaupt einzuziehen und
2. eine Beschreibung der Falsifikate an alle staatlichen und öffentlichen Kassen herauszugeben und auch in den Flussene novine zu veröffentlichen.

Obwohl seit der Veröffentlichung der Meldung des M.B. fünf Tage verstrichen sind, ist bisher keine Meldung zur Einziehung der Zwanzig-Dinarnoten erfolgt, die versprochene Beschreibung der Falsifikate aber soll erst in einigen Tagen erfolgen.

Unvollständig fragt sich der Mensch, wozu die Verlautbarung, bevor die jetzt en Beschlässe zur Durchführung gelangen? Ist die Wirkung der Veröffentlichung überlegt? Zu wessen Nutzen soll sie dienen? Dem Staate, dem Publikum oder am Ende gar den Falschern?

Der Staat hat zweifellos ein Interesse daran, Notenfalsifikate außer Kurs zu bringen, ihre Verbreitung zu verhindern und den Falschern auf den Leib zu gehen. Dieser Zweck wird aber mit der Verlautbarung keinesfalls erreicht. Im Gegenteil, Falscher werden gerade durch diese Maßnahme geradezu angezogen, die bis zur Verlautbarung der Kennzeichen noch sehr kurz bemessene Zeit auszunutzen, um ihre Ware noch reichlich los zu werden. Das zweite große Interesse des Staates aber, das Vertrauen in seine Geldnoten zu erhalten und zu erhöhen, wird durch die Maßnahme gefährdet. Wenn auch schon das Unglück geschehen ist, daß eine Notenart nachgeahmt, in größerer Menge in Umlauf kam, so ist es nicht Aug, das Unglück auf die große Glocke zu hängen, bevor noch die entsprechenden Schutzmaßnahmen getroffen wurden.

Und das Publikum! Sollte es mit der Verlautbarung gewarnt werden? Was nützt aber die Warnung, wenn man nicht weiß, wie die Gefahr aussieht? Nur das eine hat die Verlautbarung erreicht, ein allgemeines Mißtrauen gegen die 20-Dinarnoten überhaupt. Kein Mensch, kein Institut, kein Amt will sie mehr annehmen und die Besitzer suchen sich ihrer selbst auf Kosten einer Einbuße zu entledigen. Am letzten Samstagmarkt soll Gerüchten zufolge die Gelegenheit geboten gewesen sein, 20-Dinarnoten recht billig zu erwerben. Ein neuer unlauterer Erwerbungsweitzweig, zu dem der Staat selbst den Anlaß bietet!

Eine Anfrage bei der Finanzdirektion, ob die Zwanzig-Dinarnoten angenommen werden müssen, ergab die Entscheidung, ja und nur wenn begründeter Zweifel über ihre Echtheit besteht, dann nicht. Wer wird aber unter den gegebenen Umständen nicht zweifeln? Jeder! Und wer kann einem beweisen, daß der Zweifel nicht berechtigt ist? Niemand!

Die Verlautbarung war verfrüht, es wurde wieder einmal vorgehasst. Wenn auch der Fehler nicht mehr gut gemacht werden kann, so kann er doch gemildert werden, wenn die gefassten Beschlässe recht reich zur Durch-

Die erste Sitzung der Pariser Konferenz.

PARIS, 24. Jänner. (Havas.) Die erste Sitzung der Pariser Konferenz fand um 11 Uhr vormittags statt. Folgende Führer der Delegationen waren zugegen: für Frankreich Briand, Vorsitzender der Konferenz, unterstützt von Barthelot; für England Lloyd George und Lord Curzon; für Italien Graf Stora und Graf Senino-Dongare, sowie Marquis de la Torre; für Belgien Jaspar und Theunies; für Japan Nishii. Jede Delegation war von zwei Sekretären begleitet. Es war von vornherein beschlossene Sache, daß die technischen Sachverständigen erst eingeführt werden sollen, sobald Fragen zur Sprache kämen, zu deren Beurteilung sie berufen sind. Nach einigen kurzen Bewillkommungsworten Briands und einer kurzen Erklärung der Tagesordnung bestrach man die erste Frage, welche eigentlich die Verfassung der Konferenz veranlaßt hatte, nämlich die Entwaffnungsfrage. Die Sachverständigen wurden eingeführt und zwar für Frankreich Barthou, Marschall Foch, der Vorsitzende der interalliierten Militärkommission in Versailles mit General Weisand als Adjutanten, General Nollet, Vorsitzender der Kontrollkommission in Berlin, für England Marschall Wilson und Bingham, letzterer Vorsitzender der Unterkommission für die Entwaffnung bei der interalliierten Kontrollkommission; für Belgien

General Maglino, Generalstabschef der Armee; für Italien General Marietti, Vertreter Italiens bei der interalliierten Militärkommission in Versailles. Marschall Foch legte die Feststellung des Berichtes der Kommission von Versailles vom 30. Dezember 1920 zugrunde und legte sodann die augenblickliche Lage Deutschlands bezüglich der Truppen und ihrer Bewaffnung dar. General Nollet, Bingham und General Marietti teilten Einzelheiten über verschiedene Punkte mit. Lloyd George und Barthou unterhielten sich beim Verlassen des Sitzungssaales sehr herzlich.

PARIS, 24. Jänner. Marschall Foch erläuterte heute vormittags auf der interalliierten Konferenz die Feststellung der interalliierten Kommission, in dem er die Nichtausführung oder die Verzögerung in der Ausführung der durch das Abkommen von Spa im den neuen Bedingungen festgesetzten Klauseln über die Entwaffnung innerhalb der vorgezeichneten Frist hervorhob. Die Ausführungen des Marschall Foch schienen auf Lloyd George und andere alliierten Vertreter einen günstigen Eindruck hervorgerufen zu haben. General Nollet erklärte an der Hand von Zahlen, daß Deutschland seinen Verpflichtungen noch nicht im vollen Maße nachgekommen sei und daß es sich bemühe, sich seinen Verpflichtungen weiterhin zu entziehen.

Die Haltung Italiens bei der Pariser Tagung.

ROM, 23. Jänner. Ein einflußreicher Diplomat Italiens in hervorragender Stellung machte über die Haltung seines Staates bei der Beratung der Ministerpräsidenten der Entente in Paris folgende bemerkenswerte Neußerungen:

Die Richtlinien des italienischen Verhaltens bei der Tagung für die Festsetzung der von Deutschland zu leistenden Wiedergutmachungssumme und der Entwaffnung sind endgültig in Rom festgelegt worden. Italien wird auf der Tagung unbedingt den Standpunkt einnehmen, daß die Wiedergutmachungssumme in einem fixen Betrag festgelegt wird, und zwar nicht den ungeheuren Vorschlägen Frankreichs gemäß, sondern in einer in der wirtschaftlichen Lage Deutschlands begründeten, sozusagen elastischen Höhe, so daß eine allmähliche Erholung Deutschlands mit Sicherheit vorausgesehen ist. Nach Ansicht der führenden italienischen Politiker wäre eine Summe von 100 bis 150 Milliarden Goldmark der wirtschaftlichen Lage Deutschlands entsprechend und sollte die Forderung auf eine entsprechende Anzahl von Jahren verteilt sein. In der ersten Jahren niedrige Beträge, die dann natürlich allmählich ansteigen.

In der Entwaffnungsfrage nimmt Italien

den Standpunkt ein, daß Deutschland ziemlich klar den Willen gezeigt hat, die Bestimmungen durchzuführen. Andererseits darf man jedoch nicht bis zur völligen Entwaffnung Deutschlands schreiten, da sonst Bayern, Preußen und Sachsen der bolschewistischen Gefahr und der Gefahr im Osten preisgegeben wird, die eine Sicherheit Deutschlands unbedingt notwendig macht; denn bei der heutigen Verfassung Sowjetrußlands kann man nicht voraussehen, ob nicht ein neuer Angriff Rußland hervorruft. Es wäre ein Verbrechen an der Sicherheit Europas, Deutschland die Verteidigungsmöglichkeit gegenüber den Bolschewisten zu nehmen.

In der Anschließfrage wird Italien, falls diese Frage auf der Konferenz aufgeworfen wird, unbedingte Neutralität bewahren, ohne sich in dieser Frage zu exponieren. Eine Lösung dieser Frage hängt letzten Endes davon ab, ob die Alliierten an der Wiederaufrichtung Oesterreichs Anteil nehmen. Sollte dies nicht der Fall sein, so müßte sich Oesterreich an Deutschland anschließen. Es ist überflüssig, Verbindlichkeiten auf sich zu nehmen, die bis so wie so schon gespannten Beziehungen zwischen Frankreich und Italien verschlechtert werden könnten.

Die Hilfe für Oesterreich.

WIEN, 25. Jänner. Nach den an hiesigen informierten Stellen vorliegenden Nachrichten, dürfte, wie die „Neue Freie

Zeitung“ meldet: bei den Pariser Verhandlungen der Beschluß gefaßt werden, daß die Großmächte ihre Vereinnahmung erklären, Oesterreich für seine staatliche Existenz und den Wiederaufbau seiner Wirtschaft Hilfe zu

noten ihren Lebensbedarf bedenken sollen, leiden im allernächsten. Die durch die Verlautbarung in die Welt getragene Unsicherheit war nicht nötig. Halbe Arbeit ist keine Arbeit!

gewähren. Da sich die Wirkungen eines solchen Beschlusses jedoch erst im April zeigen können, bis sich Amerika an den Verhandlungen beteiligen werde, soll Oesterreich vorläufig einen Vorschub erhalten, der es in die Lage verlegt, die notwendigen Bedürfnisse bis zum Frühsommer sicherzustellen.

Streitdrohung der österreischischen Mittelschullehrer.

WIEN, 24. Jänner. Die Vertrauensmännerversammlung des Pflichtverbandes der österreischischen Mittelschullehrer hat den einstimmigen Beschluß gefaßt, am 31. Jänner an sämtlichen Mittelschulen und verwandten Lehranstalten den Unterricht einzustellen, falls bis dahin das Finanzministerium seinen Widerstand gegenüber den berechtigten Forderungen der Mittelschullehrerschaft nicht aufgegeben hat. Die Mittelschullehrer sind wiederholt bei der Verteilung von Personalauslagen übergangen worden.

Eine rote Armee in Deutschland.

BERLIN, 24. Jänner. Auf Grund des bei den Durchsuchungen nach dem Bestehen einer roten Armee am 19. d. in Essen, Düsseldorf, Oberfeld und Lünen bei Dortmund gefundenen Beweismaterials ist als feststehend zu betrachten, daß in Berlin eine militärische Leitung der roten Armee besteht, welche von der kommunistischen Partei Deutschlands ins Leben gerufen worden ist, und die übergeordnete Stelle für mehrere Kommandobehörden bildet. Die Organisation hat durchaus militärischen Charakter. Die kommunistische Partei betrachtete sich gewissermaßen als ein Staat im Staate mit Ressorts, wie Finanzwesen, Arbeitswesen, Militärwesen, Jugendorganisationen usw. Außerdem wurde eine übergroße Anzahl von Mobilisationsplänen, Stempeln roter Formationen, stenographischen Berichten über militärische Sitzungen, Nachrichten über die Stärke des inneren Gegners usw. aufgefunden. Nach dem vorgefundenen Beweismaterial sind leichte und schwere Waffen sowie sonstiges Kriegsggerät in erheblichen Mengen vorhanden.

England droht mit der Beschlagnahme deutscher Güter.

LONDON, 24. Jänner. (Reuter.) „Evening News“ zufolge soll Großbritannien Deutschland benachrichtigt haben, daß es beabsichtige sein Recht auf die Beschlagnahme der deutschen Güter geltend zu machen, falls Deutschland versuchen würde, sich den Bedingungen der Reparationskommission zu entziehen.

Wilson für das Selbstbestimmungsrecht Rußlands.

BERLIN, 24. Jänner. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ meldet aus New York: Wilson hat dem Völkerbundsekretär eine Note zugehen lassen, worin er die Großmächte ersucht, die Garantien dafür zu geben, daß Rußland in Zukunft von militärischen Angriffen geschützt bleibe, damit künftige Kriege verhindert werden können. Des weitern sollen die Großmächte das Selbstbestimmungsrecht Rußlands hinsichtlich seines Schicksals anerkennen. Wilson bietet den Großmächtern die Entsendung des früheren amerikanischen

